



NHS

© ink drop – stock.adobe.com

Kein Vertrauen mehr in den NHS

Labour-Regierung muss staatliches Gesundheitswesen reformieren

Nach Ansicht vieler Briten verdient ihr staatlicher Gesundheitsdienst die Rote Karte. Die vergangenen 14 Jahre haben das Vertrauen in die Zuverlässigkeit und das Leistungsspektrum des National Health Service (NHS) zunichte gemacht. Durch den Regierungswechsel Anfang Juli erhofft man sich ein Ende der drastischen Sparpolitik und damit endlich wieder stabilere Verhältnisse.

Der NHS sorgt seit Langem für Negativschlagzeilen. Keine Behandlungstermine, Wartelisten für Operationen, marode Kliniken, die Abwanderung von Ärzten und Pflegekräften – diese Liste ließe sich fortführen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung schlägt vielfach schon in Verzweiflung um. Immer wieder tauchten Berichte über abenteuerliche Do-it-yourself-Behandlungen auf. Ein gutes Beispiel sind Zahnschmerzen. Nachdem auch bei den NHS-Zahnärzten Termine rar sind, wird schon mal mit der Beißzange ein Zahn im Wohnzimmer extrahiert, werden wacklige oder abgebrochene Zähne mit Kaugummi oder Sekundenkleber fixiert oder „saniert“.

Waren im Jahr 2008 noch acht von zehn Bürgern davon überzeugt, dass der NHS für sie da ist, wenn sie medizinische Hilfe brauchen, sind es heute noch nur noch zwei Drittel. Etwa jeder fünfte Brite (18 Prozent) ist der Ansicht, dass im Notfall keine wirkliche Unterstützung oder Hilfe vom NHS zu erwarten ist. Die Umfrageergebnisse einer Studie des Policy Institute am King's College London zusammen mit der King's Business School und Ipsos unmittelbar vor den britischen Unterhaus-

wahlen lassen aufhorchen. 2.251 Personen im Alter von 16–75 Jahren wurden hierfür und auch ganz allgemein zu ihren Erfahrungen mit dem Gesundheitswesen befragt. Für deutsche Patienten ist (noch) unvorstellbar, dass sich die Hälfte der Briten im vergangenen Jahr bei gesundheitlichen Problemen nicht an den Hausarzt gewandt hat. Zum einen gab es schlicht keine Termine. Zum anderen bestehen auch Zweifel an einer adäquaten medizinischen Versorgung durch NHS-Ärzte. Als Alternative versucht man, sich selbst zu kurieren, sucht Rat oder Unterstützung im Internet, bei Apotheken oder Freunden und Familie. Allerdings kam es durch diese Herangehensweise zu Krankenhausaufenthalten, die durch einen rechtzeitigen Arztbesuch womöglich vermeidbar gewesen wären.

Die Aufstockung der Mittel für die hausärztliche Versorgung sei daher eine wichtige Aufgabe, die die neue Regierung angehen müsse. Nicht nur, um eine bessere und effizientere Versorgung zu gewährleisten, sondern auch, um das Vertrauen in den NHS als Ganzes wiederherzustellen, sagen die Verfasser der Studie. Das „Ärzteblatt“ nennt die Zahl von 7,2 Millio-

nen Patienten, die derzeit auf eine Operation oder auf eine Behandlung durch einen Facharzt des NHS warten würden. Unter der neuen Labour-Regierung sollen die Missstände nun sukzessive angegangen werden. Das Gesundheitssystem war eines der zentralen Wahlkampfthemen in Großbritannien. Allerdings gibt es bis dato weder konkrete Pläne noch Umsetzungsstrategien. Der neue britische Gesundheitsminister Wes Streeting hat sein Wahlversprechen immerhin gleich wahrgemacht und das Gespräch mit der British Dental Association (BDA) aufgenommen, wie „ZM Online“ berichtet. Eines der angestrebten Ziele ist die Neuaushandlung des NHS-Zahnarztvertrages.

Fazit: Nach wie vor ist der NHS das Paradebeispiel dafür, wohin eine Verstaatlichung des Gesundheitssystems führt. Die Befürworter einer Bürgerversicherung und die Verantwortlichen für die Wiedereinführung der Budgetierung sollten sich darüber im Klaren sein, dass die Reise in Deutschland derzeit ebenfalls in Richtung Großbritannien geht.

Ingrid Scholz